



An den Grossen Rat

14.5446.02

JSD/P145446

Basel, 4. Februar 2015

Regierungsratsbeschluss vom 3. Februar 2015

Antrag Remo Gallacchi und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend «Aufstockung Grenzwachtkorps»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. September 2014 den nachstehenden Antrag dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«Im März 2013 baten die Sicherheitsdirektoren der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt in einem Schreiben an Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, einen Teil der 24 zusätzlichen Stellen im Grenzwachtkorps aufgrund der steigenden Einbruchszahlen in der Nordwestschweiz der Grenzwachregion 1 zuzuteilen. In ihrem Antwortschreiben hielt die Bundesrätin fest, dass diese zusätzlichen Stellen schwergewichtig der Westschweiz, in geringerem Mass dem Tessin und der "Nord-(West)-Schweiz (inkl. Grenzwachregion 1) zugeteilt werden.

Der Basler Grosse Rat verabschiedete im Mai 2013 eine Resolution, in der er die eidgenössischen Räte und den Bundesrat dazu auffordert, "bei der Verteilung der zusätzlich gesprochenen 24 Stellen für das Grenzwachtkorps die Region 1 angemessen zu berücksichtigen und bei weiteren personellen Aufstockungen des Grenzwachtkorps den Schwerpunkt auch auf die Region 1 zu legen". Dies ist bedauerlicherweise jedoch nicht der Fall: Mit der erfolgten Aufstockung des Grenzwachtkorps um 24 Grenzwächter wird insbesondere die Problemregion Nordwestschweiz nicht adäquat abgedeckt.

Besonders grosse Probleme bestehen in den Regionen mit offenen Grenzen – also schwergewichtig in der Nordwestschweiz, der Westschweiz und der Südschweiz. In den städtischen Ballungsgebieten, entlang der offenen Grenzen mit vielen Grenzüberschreitungen sowie entlang der Transitachsen sind deutlich erhöhte Deliktzahlen festzustellen. Der Kriminaltourismus schadet der Akzeptanz der Personenfreizügigkeit nachhaltig.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt wird eingeladen, beim Bund eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

"Die Bundesbehörden werden ersucht, das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann."

Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Andreas Zappalà, Helmut Hersberger, Samuel Wyss, Thomas Strahm, Andreas Ungricht, Joël Thüring, Michel Rusterholtz, Alexander Gröflin, Andrea Knellwolf, Helen Schai-Zigerlig, Felix Meier, Annemarie Pfeifer, Oswald Inglin, Beatrice Isler, Christine Wirz-von Planta»

Wir berichten zu diesem Antrag wie folgt:

1. Begehren der Antragstellenden

Die Antragstellenden beabsichtigen, mittels einer Standesinitiative die Bundesbehörden zu ersuchen, das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufga-

ben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann.

2. Stellungnahme des Regierungsrats

Das Grenzwachtkorps trägt entscheidend zur Sicherheit in unserem Land, in unserer Region und in unserem Kanton bei. Die auch in unserem Kanton in den letzten Jahren tendenziell angestiegene Einbruchskriminalität ist ernst zu nehmen und fordert die Strafverfolgungsbehörden stark. Die Kooperation zwischen der Kantonspolizei und dem Grenzwachtkorps wird gegenseitig als wirkungsvoll und professionell wahrgenommen. Gleichzeitig wird betont, dass das Potenzial bei grösserem Personalbestand noch weitaus stärker genutzt werden könnte. Gemeinsame, nach aussen wahrnehmbare Aktionen und Kontrollen, die in einer bestimmten zeitlichen Dichte durchgeführt werden können, verunsichern die kriminelle Gegenseite und erzeugen eine präventive Wirkung, welche die «Attraktivität» unserer Region und unseres Kantons als Zielort für Einbrüche massgebend senkt. Solche Massnahmen sind allerdings mit einem hohen Aufwand verbunden und sie sind vor allem sehr personalintensiv. Ihre Umsetzung hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfang personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit der Aufstockung des Grenzwachtkorps dessen Wirksamkeit gesteigert werden kann. Die Bundesversammlung hat in den vergangenen Jahren bereits eine bescheidene Personalerhöhung beim Grenzwachtkorps bewilligt. Die Region Genf erhielt zehn neue Grenzwächter, die Region Tessin sechs, die Region Nordwestschweiz vier und der Bereich «Technik und Sonderaufgaben vier. Mit dieser erfolgten Aufstockung des Grenzwachtkorps wurden aber nicht alle Regionen adäquat abgedeckt. Obwohl die Nordwestschweiz schweizweit klar die höchsten Zahlen an Grenzübertritten hat (240'000 Ein- und Ausreisen aus Deutschland und Frankreich pro Tag), wurde sie bei der Zuteilung der neuen Stellen nur ungenügend berücksichtigt. Dies sollte korrigiert werden, wofür ist eine substantielle Aufstockung des Grenzwachtkorps erforderlich ist. Von wesentlicher Bedeutung ist, dass die neuen Stellen für die Unterstützung der Polizeiorgane bei der Bekämpfung des Kriminaltourismus und der illegalen Einreise eingesetzt werden können. Diese Personalressourcen sind so zu verteilen, dass stark betroffene Regionen – wie jene der Nordwestschweiz – unter Berücksichtigung ihrer Sicherheitssituation und ihrer Sicherheitsbedürfnisse vom Grenzwachtkorps genügend Unterstützung erhalten. Auf diese Weise kann das Grenzwachtkorps die effektivste Wirkung für die Sicherheit in der gesamten Schweiz erzielen.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Antrag Remo Gallacchi und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend «Aufstockung Grenzwachtkorps» gutzuheissen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin